



Pressemitteilung

Schwerin, den 21. Dezember 2016

Sonderbericht zu den kommunalen Sozialausgaben

Die Präsidentin des Landesrechnungshofes Dr. Martina Johannsen hat heute dem Landtag in Schwerin den Sonderbericht ihrer Behörde zu den kommunalen Sozialausgaben vorgelegt. Der Sonderbericht geht auf eine Bitte des Landtages zurück. Dieser hatte den Landesrechnungshof gebeten, eine tiefgehende Analyse des Sozialbereichs vorzunehmen. Der nun vorgelegte Bericht enthält die entsprechenden Ergebnisse.

Ausgangspunkt der Analyse seien die hohen Sozialausgaben der Kommunen im Land gewesen. 2015 gaben diese hierfür rd. 1,29 Mrd. Euro (brutto) aus. „Fast die Hälfte der frei verfügbaren Finanzmittel setzten die Kommunen 2015 für den Sozialbereich ein“, sagte die Präsidentin. Auch im Ländervergleich seien die Sozialausgaben erhöht. Dies ändere sich auch dann nicht, wenn entsprechende Einnahmen gegengerechnet würden.

Mit dem Sonderbericht werde Ursachenforschung betrieben, um die schon in der Vergangenheit festgestellten Auffälligkeiten weiter zu erklären. Ein zentrales Untersuchungsergebnis sei, dass die statistischen Daten grundsätzlich belastbar seien. Zudem resultiere die finanzielle Belastung der kommunalen Haushalte durch den Sozialbereich eher aus zu geringen kommunalen Steuereinnahmen als aus zu geringen Zuweisungen des Landes. Diese seien im Ländervergleich überdurchschnittlich und in den letzten Jahren weiter gestiegen. „Das Verschieben von Geld zwischen Land und Kommunen löst nicht die Probleme, die es vordringlich zu lösen gilt“, sagte Dr. Johannsen.

Einige Auffälligkeiten könnten durch die besonderen Rahmenbedingungen im Land erklärt werden. Damit stünden zum Beispiel die hohen Falldichten in allen sozialen Leistungsbereichen in direktem Zusammenhang. Allerdings blieben eine Reihe von Fragen zu Kostenunterschieden und hohen Fallzahlen unbeantwortet.

Neben der Ursachenforschung komme vor allem der Steuerung der Leistungen eine besondere Rolle zu. Hier sieht der Landesrechnungshof Verbesserungspotenzial, insbesondere um auch eine einheitliche Leistungsgewährung im Land sicherzustellen. Zudem seien Reibungsverluste zwischen den einzelnen Akteuren des Sozialbereichs abzubauen und mit Blick auf die bestehenden Marktstrukturen die Transparenz zu erhöhen.

Der Sonderbericht „Kommunale Sozialausgaben“ kann unter www.lrh-mv.de im Internet eingesehen und heruntergeladen werden.